

Essay

Der Mittelstand als Retter des demokratischen Kapitalismus?

Kleine und mittelgroße Unternehmen gelten als agiler, menschlicher und rundherum sauberer als ihre größeren Pendanten – und ihre Unterstützung somit als breit akzeptiertes Allheilmittel für die Lösung spätkapitalistischer gesellschaftlicher Probleme. Mit der Realität hat das allerdings nicht viel zu tun. Ein Essay von Timur Ergen und Sebastian Kohl.

- **TIMUR ERGEN & SEBASTIAN KOHL**
- 24. Februar 2021



Bild: Pixabay

Wenig verbindet die konkurrierenden wirtschaftspolitischen Lager derzeit so wie die Unterstützung der Mittelstandsförderung. Kleine und mittelgroße Unternehmen, wie es so schön bündig heißt, gelten als agiler, menschlicher und rundherum sauberer als ihre größeren Pendanten.

Da ist es kein Wunder, dass auch in der Debatte zur Krise des demokratischen Kapitalismus immer wieder Heilung durch eine Dekonzentration der Wirtschaft versprochen wird. Politische Entfremdung, säkulare Stagnation, soziale Ungleichheit und Umweltzerstörung sind dieser Lesart nach allesamt Symptome der zunehmenden Monopolisierung westlicher Wirtschaftssysteme seit den 70er Jahren.

Spielarten der neuen Monopolkritik finden sich in den verschiedensten politischen Strömungen und wissenschaftlichen Diskursen. Umweltbewegungen gegen die „Diktatur aus der Steckdose“, Kleingewerbekoalitionen gegen den „Tod der Innenstädte“, liberale Heilsversprechen enthemmten *Venture Capitals* sowie die transnationale Bewegung gegen die marktbeherrschende Stellung großer Digitalkonzerne schöpfen aus einem gemeinsamen Reservoir von Intuitionen, Überzeugungen und Wertvorstellungen über die heilsame Kraft des kleinkapitalistischen Betriebs. In der Kritik des Großunternehmens und dem Idealisieren des Mittelstands reichen sich Landbewohner*innen und Städter*innen, Konservative und Grüne sowie Liberale und Linke überraschend häufig die Hände.

Nach Beweisen für die überlegene Innovationskraft kleiner Betriebe sucht die empirische Wirtschaftsforschung seit Joseph Schumpeters Frühwerk vergeblich

Dass von großen marktmächtigen Unternehmen recht verlässlich Gefahren für Demokratie wie Kapitalismus ausgehen, ist nicht zu bestreiten. Das Problem der neuen Monopolkritik ist, dass ihre Hoffnungen auf Heilung durch Dekonzentration auf unhaltbaren Annahmen über kleine Unternehmen gründen. Denn nach Beweisen für die überlegene Innovationskraft kleiner Betriebe sucht die empirische Wirtschaftsforschung seit Joseph Schumpeters Frühwerk vergeblich; ihre Funktion als „Rückgrat“ prosperierender Wirtschaftssysteme lässt sich kaum belegen; ihre Freundlichkeit für Arbeitnehmer*innen ist weitgehend unbewiesen, Größeneffekte im betrieblichen Umweltschutz zeigen regelmäßig in die andere Richtung; und ihr politischer Einfluss wirkt traditionell alles andere als progressiv.

So sehr es überzeugt, dass das bescheidene, familiengeführte und mitbestimmte Maschinenbauunternehmen süddeutscher oder norditalienischer Prägung ein Modell für ein freundlicheres Wirtschaftssystem darstellt, so wenig lässt sich von ihm auf eine Betriebsgrößenbestimmtheit der Gesundheit des demokratischen Kapitalismus schließen.

Im Folgenden belegen wir die politische Verbreitung von Mittelstandsidealen auf Basis deutscher und amerikanischer Parteiprogramme der letzten gut 120 Jahre. Wir diskutieren die Plausibilität von drei weitverbreiteten Heilsversprechen kleinbetrieblicher Strukturen auf Basis empirischer Studienergebnisse. Im Ergebnis plädieren wir für einen wesentlich zurückhaltenderen Umgang mit Prognosen über die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen unterschiedlicher Betriebsgrößen.

Die Historie der Mittelstandsideologie

Die Kritik an Großunternehmen und die Idealisierung kleiner Betriebe sind mindestens so alt wie der industrielle Kapitalismus. Mit dem Aufkommen immer größerer Betriebe in der ersten und zweiten Welle der Industrialisierung im 19. Jahrhundert formierte sich in den USA die populistische Monopolkritik gegen große Eisenbahnen, Bodenspekulation und die „Ostküstenfinanz“ und zugunsten kleiner unabhängiger Betriebe. In Deutschland hatte die kartellierte Wirtschaft zwar einen besseren Ruf, aber auch hier formierte sich der alte Mittelstand von zumeist handwerklichen Betrieben um eine Kritik zunehmender wirtschaftlicher Konzentration.

Schon damals waren Monopolkritik und Kleinunternehmensbefürwortung parteipolitisch nicht immer klar zu verorten, wie ein Blick in die Parteiprogramme der USA und Deutschlands seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert aufdeckt: Sie finden sich sowohl bei Demokraten wie Republikanern in den USA, während deutsche Sozialdemokrat*innen

ähnlich kartellfreudig wie Konservative waren. Anders als in den USA war die deutsche Mittelstandsbewegung bis 1945 hingegen weitgehend konservativ geprägt.

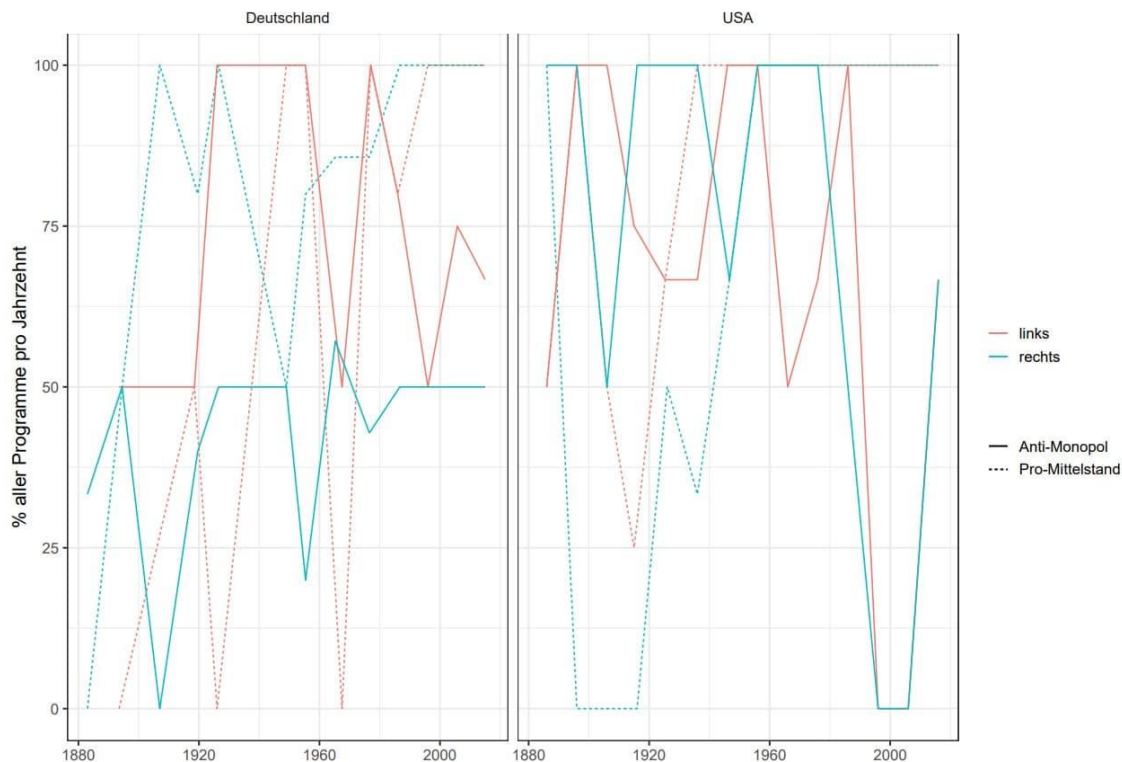
Doch nach dem Zweiten Weltkrieg entdeckten langsam aber sicher alle Parteien die kleinen und mittleren Unternehmen aus unterschiedlichsten Gründen als positives politisches Ideal, während die radikalere Monopolkritik in Institutionen zur Wettbewerbskontrolle bürokratisch abkühlte. In den USA dienten *small business owners* insbesondere seit den frühen 1970er Jahren als wesentlicher Antrieb um gegen regulatorisches *Red Tape* vorzugehen. Die demokratische Partei erklärte das unabhängige Kleinunternehmertum seit den 1960er Jahren zu einem Bürgerrecht: Bürger*innen aller Herkunft und Schichtzugehörigkeit sollten eine *equal opportunity* haben, *entrepreneurs* zu werden und so den amerikanischen Traum von der Selbstständigkeit zu verwirklichen.

Seit den frühen 1980er Jahren avancierten Kleinunternehmen zudem zum wesentlichen Hoffnungsträger, das amerikanische Wirtschafts- und Produktivitätswachstum wiederzubeleben, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und den amerikanischen Kapitalismus neu zu erfinden. Als „backbone of American industry“ gefeiert sollten Kleinunternehmen es mit der als flexibler wahrgenommenen deutschen, japanischen und italienischen Industriekonkurrenz aufnehmen.

Kaum ein Partei- und Wahlprogramm in den USA oder Deutschland will – und wenn nur floskelartig – auf die dezidierte Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft verzichten

Dieser Rhetorik zum Trotz wurde die amerikanische Kartellrechtspraxis seit den späten 1970er Jahren erheblich abgeschwächt, weniger aufgrund politischen Wandels als einer sich wandelnden behördlichen und gerichtlichen Praxis. In der Folge lässt sich seit den frühen 1990er Jahren eine erhebliche Zunahme in der Unternehmenskonzentration wichtiger Branchen messen – teils in Reaktion auf die zunehmende Zurückhaltung der Kartellpolitik und teils im Anblick der enormen Marktmacht der großen Technologiekonzerne ist über das letzte Jahrzehnt in den USA die progressive Anti-Monopol-Bewegung wiederbelebt worden. Oft als *Neo-Brandeisians* bezeichnet streiten Jurist*innen wie Tim Wu und Lin Khan für eine Wiederbelebung dezentrierender Wirtschaftspolitik.

Anteil der linken und rechten Wahlprogramme mit Pro-Mittelstands- und Anti-Monopol-Positionen in Dekaden-Durchschnitten



Hinweis: Links und rechts beziehen sich in den USA auf die Democratic und Republican Party. In Deutschland folgen wir den Gruppierungen des Manifesto Project.

In Deutschland institutionalisierte die CDU schon früh eine Mittelstandsvertretung, ablesbar an einem jeden Wahlprogramm seit den Adenauerjahren. Hier waren gerade mittelständische Unternehmen auch eine demokratische Antwort auf die verstaatlichte Kombinatwirtschaft hinter dem Eisernen Vorhang. Die deutschen Wettbewerbsbehörden galten auch als Schutzinstitution der Demokratie gegen die faschistisch kompromittierte Großindustrie und wurden regelmäßig von liberalen Parteiprogrammen unterstützt. Die SPD als ehemaliger Mittelstandsschreck entdeckte hier ebenso eine wichtige marktinterne Wettbewerbskontrolle, wie auch einen neuen Jobmotor und Diener von Verbraucherinteressen, während die Grünen mit Mittelstandsförderung die notwendige Innovation hin zur grünen Wende erreichen wollen.

Kurz: Kaum ein Partei- und Wahlprogramm in den USA oder Deutschland will – und wenn nur floskelartig – auf die dezidierte Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft verzichten. Vermehrt seit den 1970er Jahren findet sie sich ausschließlich positiv besetzt als eine Art Allheilmittel spätkapitalistischer gesellschaftlicher Probleme.

Innovationsmotor Mittelstand?

Der im 21. Jahrhundert wohl am häufigsten beschworene Vorzug kleiner Unternehmen ist ihre Innovationskraft. Die zugrundeliegende Idee ist, dass große Unternehmen zur organisationalen Sklerose neigen. Ihnen fehle die nötige Flexibilität, sie sind durchzogen von *vested interests* und zwingen kreativ-abweichende Mitarbeiter*innen in die Konformität. Wichtiger noch: Mit wachsender Marktmacht gehen die äußeren Anreize verloren, unsichere Wagnisse einzugehen.

Klare Zusammenhänge zwischen Unternehmensgröße und Innovationskraft lassen sich weder stabil empirisch belegen, noch halten sie einer tieferen inhaltlichen Auseinandersetzung stand

Soweit die Theorie. Klare Zusammenhänge zwischen Unternehmensgröße und Innovationskraft lassen sich allerdings weder stabil empirisch belegen, noch halten sie einer tieferen inhaltlichen Auseinandersetzung stand. Gleich welche Indikatoren für Unternehmensgröße, Marktmacht oder Innovationstätigkeit angesetzt werden, scheitern Nachweise klarer Größeneffekte auf die Innovationskraft verlässlich. Stattdessen deutet vieles darauf hin, dass über Innovation systemisch nachgedacht werden sollte, als kontingentes Resultat eines Konzerts aus Aktivitäten zwischen öffentlichen Institutionen, Konzernen sowie Kleinfirmen und Netzwerken.

Es ist leicht zu verstehen, weshalb das Verhältnis von Unternehmensgröße und Innovation komplizierter ist als in Mittelstandsideologien behauptet: Mit der Marktmacht sinken zwar die direkten Anreize zur Innovation, doch die verfügbaren Mittel für Forschung und Entwicklung erhöhen sich. Das moderne Großunternehmen – darüber war sich auch Schumpeter völlig klar – hat in vielen Feldern die Entwicklung neuer Technologien und Produkte routiniert, und nur das moderne Großunternehmen hatte die dafür nötigen Ressourcen. Mag die Großorganisation einerseits beengend für kreative Individuen sein, kann sie andererseits einen Schutzraum vor Marktkräften bieten, in dem Dialog, Gruppendynamik, Experimente und interdisziplinärer Austausch möglich werden. Intensiver Wettbewerb – dafür hält das Wissenschaftssystem anekdotisch vielfältiges Anschauungsmaterial bereit – kann damit zum Rückgang von Experimenten und zur Zunahme von Konformität führen.

Bessere Jobs?

Neben ihrer Innovationskraft wird die mittelständische Wirtschaft häufig als eine Art Unterbau für eine stabil prosperierende Wirtschaft beschrieben. Schon die Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft wie Wilhelm Röpke sahen in der flexibleren mittelständischen Wirtschaft eine Art Konjunkturpuffer – eine Überzeugung, die nach der Finanzkrise 2008 weltweit eine enorme Renaissance hatte, als die deutsche Duale Ausbildung plötzlich in Barack Obamas *State of the Union* auftauchte.

In der Tat belegen jüngste empirische Studien aus den USA, dass Großunternehmen auf Rezessionen verhältnismäßig stärker mit Entlassungen reagieren. Dennoch zieht sich der Befund durch die Forschung, dass Liquiditätsprobleme unter Kleinunternehmen, zumal in jungen Jahren, extrem hoch sind und sie besonders unter jenen Kreditklemmen leiden, die Rezessionen lang und tief werden lassen.

Dem oft schnellen Wachstum kleinerer Firmen steht entgegen, dass Großunternehmen Arbeitnehmer*innen im Aggregat stabile, besser bezahlte und produktivere Jobs bieten und somit konjunkturelle Risiken zu einem gewissen Teil privatwirtschaftlich absorbieren können. Einmal für sein oft geringeres Alter korrigiert, ist es auch nicht mehr ausgemacht, dass der Mittelstand proportional mehr Arbeitsplätze schafft, als dies Großunternehmen vermögen.

Ein Hort progressiver gesellschaftlicher Entwicklung?

Nicht klarer ist das Bild, wenn es um das moderne Kleinunternehmen als Ort der Verwirklichung progressiver gesellschaftlicher Ziele geht, wie etwa die Verbesserung von

Arbeitsbedingungen, die betriebliche Mitbestimmung oder den Umweltschutz. Auch hier finden sich durchweg unklare Zusammenhänge.

Zwar ist der Umstand vielfach belegt, dass sich die stärkere Strukturierung des Arbeitsalltags in Großunternehmen negativ auf die Arbeitszufriedenheit auswirkt. Dem entgegen steht, dass sich in Kleinunternehmen signifikant häufiger Arbeitsunfälle ereignen, institutionelle Formen der Mitbestimmung seltener sind, die Arbeitsplatzsicherheit abnimmt und Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung geringer ausfallen. Im Feld des betrieblichen Umweltschutzes lässt sich zwar einerseits zeigen, dass kleine Unternehmen stärker auf Ansprüche von Stakeholdern reagieren. Andererseits aber sind umfassende Nachhaltigkeitsinitiativen häufig die Domäne von Großunternehmen, die über die Ressourcen verfügen, kostenträchtige Änderungen ihres Geschäfts zu planen und umzusetzen.

Das real-existierende Kleinunternehmen ist im Aggregat äußerst unverlässlich Hort progressiver gesellschaftlicher Entwicklung

Nach einer Logik, die Albert Hirschman *The monopolist being comforted by competition* genannt hat, können kleine Unternehmen eher Schuld von sich weisen, während große sich tendenziell schlechter ihren Kritikern entziehen können. In zahlreichen Ländern ist es noch heute geläufige politische Praxis, Kleinunternehmen von Umweltregulierungen auszunehmen. Während Realität sowie empirische Forschung zur Nachhaltigkeit des kapitalistischen Großkonzerns sicher vielschichtiger sind, sollte genau diese Unschärfe ausreichend Grund sein, vereinfachenden Heilsversprechen kritisch gegenüberzustehen. Auch wenn die Arbeitsmodelle in flexibel spezialisierten Kleinbetrieben Beobachtern lange als beinahe post-kapitalistische Alternative zum entfremdenden Arbeitsalltag in kapitalistischen Großunternehmen galten, sollte klar sein, dass das real-existierende Kleinunternehmen im Aggregat äußerst unverlässlich Hort progressiver gesellschaftlicher Entwicklung ist.

Genau das äußert sich historisch in den politischen Einflüssen des Kleinunternehmertums. Eine zentrale ideologische Komponente von Anti-Monopol-Bewegungen seit dem frühen Liberalismus ist das Argument, dass sich wirtschaftliche Macht in politischen Einfluss ummünzen lässt. Monopole sind in dieser Logik eine potenzielle Gefahr für Marktwirtschaft und Demokratie.

Und auch hier lässt sich der Warnung vor den Gefahren wachsender Marktmacht für die politische Sphäre vollkommen zustimmen, während überzeugende Wirknachweise für die angebliche Medizin der Dekonzentration fehlen. Wie der Historiker Heinrich August Winkler dokumentierte, hat sich das bundesrepublikanische Kleinunternehmertum seit dem Zweiten Weltkrieg von seinen traditionell antidemokratischen, reaktionären und sozialprotektionistischen Einstellungen gelöst. Nichtsdestotrotz galt die Angehörigkeit zu kleinen Betrieben politischen Soziologen auch in den reichen Nachkriegsgesellschaften als wichtige erklärende Variable für politische Einstellungen rechts von der Mitte. Ähnlich wie im Fall von Grund- oder Kleingartenbesitz kann dieser Effekt der „Immunsierung“ vor „sozialistischen Umtrieben“ durchaus politisch erwünscht sein. Im Sinn von politischen Positionen, die die Zurückdrängung demokratischer Gestaltungsfähigkeit bemängeln, ist er aber sicherlich nicht.

Die These vom Schutz der Demokratie durch Zersplitterung in kleinere Betriebe hinkt auch strukturell. Zahlreiche Forschungsarbeiten haben in den letzten Jahren Zweifel daran aufkommen lassen, dass die Machtbalance zwischen Staat und Wirtschaft eine bloße Frage relativer Geschlossenheit ist. Der Soziologe Mark Mizruchi hat etwa dokumentiert, dass die

politische Zersplitterung des amerikanischen Unternehmenssektors seit den 1970er Jahren politische Interventionen erschwert statt erleichtert hat. Die Politikwissenschaftlerin Cornelia Woll kann in ihren komparativen Untersuchungen von Bailouts in der Finanzkrise von 2008 nachweisen, dass ein zentraler Erklärungsfaktor für skandalös großzügige Rettungspakete die Desorganisation des jeweiligen Bankensektors ist. Unorganisierte und zersplitterte Wirtschaftssektoren hinterlassen oft Regelungslücken, die Staaten nur schwer stopfen können.

Die Betriebsgröße sollte nicht Grundlage von Heilsversprechen sein

Zu allem bisher gesagten muss fairerweise hinzugefügt werden, dass die Erforschung betrieblicher Größeneffekte alles andere als „gut abgehangene“ Evidenz und Theorie ist. Viele empirische Studien stehen in sehr begrenzten Forschungsdebatten und basieren auf eher überschaubaren Datengrundlagen. Wichtiger noch: Sie überspannen strukturell verschiedene wirtschaftliche Regimetypen und gesellschaftliche Zusammenhänge. Ob die klassische soziologische Einstellungsforschung aus den goldenen Jahren des westeuropäischen Industriekapitalismus sich auf das postindustrielle Berlin der 2020er Jahre spiegeln lässt, ist sicher fraglich. Zudem ist das Feld politisiert, wie vorherige Arbeiten zum „Mittelstandsmythos“ nahelegen.

Das Problem der marktkonformen Demokratie ist wohl der naheliegendere Ansatzpunkt für Reformvorschläge als die schwierige Ergründung demokratiekonformer Marktstrukturen

Aber auch ohne unverrückbares Wissen über die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Eigenheiten des kleinkapitalistischen Betriebs ist die Schlussfolgerung legitim, dass das Kriterium der Betriebsgröße viel zu grob und unspezifisch ist, um als Grundlage von Heilsversprechen dienen zu können. Der internationale Vergleich zeigt, dass Gesellschaften wie etwa die schwedische, die gerne als Reallabore für ein freundliches Gesicht des demokratischen Kapitalismus beschrieben werden, sehr gut ohne einen bedeutenden Kleinfirmensektor auskommen.

Es ist nicht zu bestreiten, dass im Windschatten der Mittelstandsrhetorik sinnvolle politische Vorschläge gemacht werden. Unter vielen anderen Projekten sind Anstöße zu einer globalen Wiederbelebung der Fusionskontrolle, zu einer sozialintegrativen Antwort auf die Digitalisierung oder zur Bekämpfung der ausufernden Steuervermeidung prospektiv mehrheitsfähig sowie regimestabilisierend.

Die Gefahr bei der Fokussierung auf die Firmengröße ist allerdings, dass sie den Blick für die eigentlichen Bedingungen der Möglichkeit solcher Reformen verdeckt. Sie suggeriert, dass sich der demokratische Kapitalismus in der Wirtschaft reparieren lässt. Sollte es aber so sein, dass den westlichen Gesellschaften ihre politische Gestaltungsfähigkeit oder ihr Gestaltungswille abhandengekommen ist, wäre es müßig, über die Wirkungen der Organisationsstruktur ihrer Wirtschaft zu spekulieren. Das Problem der *marktkonformen Demokratie* ist wohl der naheliegendere Ansatzpunkt für Reformvorschläge als die wirklich schwierige Ergründung demokratiekonformer Marktstrukturen.

Zu den Autoren:

Timur Ergen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Zu seinen Forschungsinteressen zählen Erneuerbare Energien, Steuerpolitik, Wettbewerbspolitik und die Geschichte der Deindustrialisierung. Seine Arbeiten erschienen unter anderem in den Zeitschriften *Leviathan*, *Socio-economic Review* und der *Review of International Political Economy*.

Sebastian Kohl ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Seine Forschungsinteressen umfassen die politische Ökonomie des Wohnungs- und Versicherungswesens und die Wirtschaftssoziologie des Wettbewerbs. Seine Arbeiten erschienen unter anderem in den Zeitschriften *Socio-economic Review*, *Politics & Society* und der *Review of International Political Economy*.

Hinweis:

Dieser Beitrag ist eine essayistische Kurzfassung eines längeren Beitrags zu einem geplanten Sonderheft der Zeitschrift Analyse & Kritik.